

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen, vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lanchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 098.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Pettizelle 50 Pfg. und 40%, Feuerungszuschlag — 70 Pfg. Bestl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 40%, Feuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lanchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Chemnitz unter der Moskafaust.

Die Mosketruppen ziehen in Chemnitz ein!

Befehl des Kommandeurs Müller.

Der Schlag gegen Chemnitz, den wir gestern nach dem Unfall der Rechtssozialisten voraus sagten, lauft schon hernieder. Generalmajor Müller rückt mit den rings um Chemnitz aufgestellten Reichswachtruppen in die Stadt ein, um seine „Aufgaben“ zu erfüllen. Welche es sind, liegt auf der Hand: daß es sich nicht um die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung handelt, erkant der „Befehl“ des Herrn Kommandeurs zweifelsfrei an. Diese bemerkenswerte Anordnung hat folgenden Wortlaut:

Ich habe das Kommando über sämtliche Truppen in und um Chemnitz übernommen. Ich bestimme:

1. Während der Durchführung meiner Aufgaben steht die oberste Militär- und Polizeigewalt mir allein zu. Alle Militär- und Polizeibehörden bleiben in Tätigkeit, haben aber meinen Befehlen und Verordnungen Folge zu leisten.
2. Da zur Zeit in Chemnitz wieder Ruhe eingetreten ist, habe ich, in der Erwartung, daß die Ordnung auch weiterhin erhalten bleibt, den über Chemnitz verhängten verschärften Belagerungszustand auf.
3. Die Aburteilung der an den Vorgängen des 7. und 8. August Schuldigen wird gemäß § 8 des Gesetzes vom 4. 6. 1881 erfolgen.
4. Hier soll Ruhe und Ordnung erhalten bleiben, deshalb sehe ich von der Einsetzung weiterer außerordentlicher Gerichte vorläufig ab. Wegen bereits begangener Straftaten behalte ich mir Entschlüsse vor.
5. Ich erwarte jedoch, daß alle in den letzten Tagen an den Gefängnissen Verurteilten unverzüglich wieder eingeliefert werden.
6. Alle aus Verurteilungen widerrechtlich angekauften Waffen und Ausstattungsstücke, sowie sonstige Verurteilten an dem 19. August, 12 Uhr Mitternacht, in der Kaserne des Infanterieregiments 181 abzuliefern. Alle nach dieser Zeit im Besitz von Verurteilten befindlichen Personen werden nach § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1881 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen.

Ich warne die Zeitungen, in legendärer Form gegen die Regierung und gegen die von dieser entsandten Organe zu ziehen oder zu unzulässigen Versammlungen, zu Gewaltausübungen, zu Demonstrationen oder Streiks, die das Wirtschaftslieben oder die Ernährung des Volkes gefährden können, aufzufordern.

Stabsquartier Frankenberg, 11. August 1919.
Der Befehlshaber für Chemnitz, gen. Stephan, Generalmajor und Kommandeur, Die 1. Sächsische Grenzjäger- (Reichswehr)-Brigade 12.

Man könnte den Inhalt dieses Dokuments in den Satz fassen: der verschärfte Belagerungszustand wird aufgehoben — der einfache Belagerungszustand wird verschärft durchgesetzt. Im Grunde genommen ist diese Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes für die Stadt: das Ausnahmeverdict für die wegen der Bahnhofsstörungs Angeklagten wird ausdrücklich eingesetzt und die Einsetzung weiterer außerordentlicher Gerichte bleibt vorbehalten. Pressefreiheit ist aufgehoben und Beschränkungen werden auf die Chemnitzer Arbeiterschaft losgelassen. Was das bei der Anzeigung, die die bürgerliche Presse aus Anlaß der Kämpfe verübt hat, bedeutet, ist leicht zu erkennen. Die Chemnitzer Arbeiter wissen, was sie das, was die nächsten Tage bringen werden, zu verdanken haben, wer die Einheitsfront des Chemnitzer Proletariats zerbrochen hat.

Der neue Schlag, der neue Verrat wird die wahren Revolutionäre nicht entmutigen. Sie werden in den nächsten Tagen festhalten an dem Willen, die Revolution zu vollenden. Und die Durchführung der „Aufgabe“ des Herrn Müller wird ihnen nur ein entschlossenes Demosch! entgegen!

Das Verkehrselend.

Gütersperrre und Erhöhung der Preise in Sicht.

Berlin, 12. August. (Zl.) Reichsbahnminister Desebriest gestern im Festsaal der Berliner Handelskammer für deren Mitglieder einen Vortrag über die Betriebslage der Staatseisenbahnen. Nach einem Hinweis auf die neuen Betriebsbeschränkungen erklärte er u. a.: Es wird vielleicht notwendig sein, durch Reichsgesetz die Verwendung der Kohle in der bisherigen Form zu verbieten. Es ist daher damit zu rechnen, daß für andere Güter als Kohle für längere oder kürzere Zeit eine Sperrre eintreten wird, um möglichst viele Kohle erfassen zu können. Zum Schluß kündigte der Minister eine neue Erhöhung der Tarife für die Personen- und Güterbeförderung an.

Freilassung Radeks bevorstehend.

Die Berliner Freiheit berichtet: Es steht für die Staatsanwaltschaft fest, daß die Anklage gegen Radek nicht durchgeführt werden kann. Er wird in den nächsten Tagen endlich außer Verfolgung gesetzt werden.

Die monatelange Untersuchung gegen den „Weltverbrecher“ Radek, wie ihn Seine genannt hat, hat nicht das Geringste ergeben, so daß nicht einmal die Staatsanwaltschaft auch nur gegen ihn Anklage erheben kann.

Preußisch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 11. August. (Z. Z. B.) Heute nachmittag fand hier die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Unterstaatssekretär v. Daniel eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Abgeordneten der Zentralregierung der Republik Polen und des obersten polnischen Volkstrates in Polen, sowie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen begrüßte. Als Vortag der Tagung bezeichnete er den Grundgedanken der Programmrede des Reichsministers Müller, daß unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten von gutem Willen für gegenseitige Verständigung leitet: kein mühe. Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Dr. v. Brodzewski versicherte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste anrichtigen Verhandlungswillens zu führen entschlossen sei. Der italienische General Sanclonga dankte in Vertretung des abwesenden Chefs der interalliierten Militärmission, General Dupont, für die Begrüßung und erklärte, seitens der interalliierten Mission werde alles geschehen, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Hätte die preussische Regierung vornehmlicher Weise schon im Winter vorigen Jahres verhandelt, dann brauchen heute einige preussische Großstädte weniger Hunger zu leiden. Es galt jedoch dem berückichtigten Dölkung Betätigung zu verschaffen.

Kierenski in Berlin?

Berlin, 11. August. (Zl.) Die von russischer Seite verlautet, soll sich Kierenski der erste Diktator nach dem Sturz des zaristischen Regimes, in Berlin aufhalten. Er kann seine Dienste anbieten.

In Rußland „angesecht“.

Reuterzeiten englischer Matrosen in Baku. Evgano, 12. August. (Zl.) Laut Avant hielten die Seeleute der in Baku liegenden englischen Kriegsschiffe die rote Fahne. Die Kriegsschiffe seien dann abgedampft und zwar unbekannt wohin.

Riga von den Bolschewikern eingenommen.

Berlin, 12. August. Nach hier eingegangenen aber offiziell noch nicht bestätigten Meldungen ist die Macht in Riga wieder in den Händen der Bolschewikern.

Bonhoff der Moskegardisten durch oberösterreichische Arbeiter.

Breslau, 12. August. Die Zeichenarbeiter in Oberschlesien verlangen die Entlassung unbeliebter Beamter und sämtlicher Personen, die selber beim Grenzschutz tätig waren.

Holland liefert Wilhelm II. aus.

Genf, 12. August. (Zl.) Die französischen Zeitungen lassen sich berichten, daß der Kaiserprozeß stattfinden werde und daß die holländische Regierung nach einigen Schwanken der Forderung nach Auslieferung des Exkaisers zugestimmt habe. Der Brief des Prinzen Heinrich an seinen Vetter, den König von England, hat die Angelegenheit beschleunigt. (1) Der Brief wurde in der ganzen Entente-presse abgedruckt, aber meist nur mit den kurzen Worten „Treach“ oder „arrogant“ bezeichnet.

Kein Umtausch der Banknoten?

Frankfurt a. M., 12. August. (Zl.) Zum Plan des Notenumtauschs erklärt die Frankfurter Zeitung aus Berlin mit ziemlicher Bestimmtheit, daß einige wichtige Ressorts des Reiches und der einzelnen Staaten noch keineswegs von der Möglichkeit der allfälligen und vollständigen Durchführung des Umtauschgesetzes überzeugt seien. Dem Versuch eines Notenumtauschs, selbst wenn die erforderlichen Maßnahmen bis zum November vorbereitet werden können, stehen ernste technische und wirtschaftliche Bedenken gegenüber.

Das Ergebnis der Landesversammlung.

Der Verlauf der am 10. und 11. August im Leipziger Volkshause abgehaltenen außerordentlichen Landesversammlung der U. S. P. Sachsens hat gezeigt, wie notwendig es gerade in der gegenwärtigen politischen Situation war, eine gründliche Aussprache und eine Klärung über die zu befolgende Taktik herbeizuführen. Wenn es auch — um das gleich vorwegzunehmen — nicht möglich war, alle Unstimmigkeiten und Unklarheiten restlos zu beseitigen, was ja mit Rücksicht auf die vielen neuen Gesichtspunkte, die bei dem schnellen Gang und der wechselvollen Gestaltung der politischen Ereignisse zu beachten sind, gar nicht erwartet werden konnte, so ist es doch gelungen, den Weg für die planmäßige Aufstellung und die Ausfüllung der Massen zu ebnen. Besonders erfreulich ist, daß trotz der noch zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten vollständige Einmütigkeit darüber bestand, daß die Hauptaufgabe der Partei auch in der kommenden Zeit nicht in endlosen Fäusteln über die Form der Organisation zu suchen sei, sondern daß es vielmehr darauf ankomme, durch intensive Aufklärung, durch die Vermittlung ökonomischer und geschichtlicher Erkenntnis die Arbeiterklasse, als die Trägerin der Revolution, mit sozialistischem Geist zu erfüllen und sie zu einer einheitlichen, von einem bewußten Willensbeherrschten Kampffront gegen den Kapitalismus zusammenzuschweißen. Wie notwendig das ist, zeigte schon der Bericht des Landesvorstandes. Die Zahl der Parteimitglieder hat, wie im Reich, so auch in Sachsen ganz erheblich zugenommen. Nicht nur die Ortsgruppen, denen es möglich war, während des Krieges ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten, haben einen ganz wesentlichen Aufschwung genommen. Es sind auch eine erhebliche Anzahl neuer Ortsgruppen entstanden, die sich in erfreulicher Weise entwickelten und Zeugnis ablegen für die verbende Kraft der von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betriebenen Politik. Aber wenn man die Zahl der organisierten Parteigenossen mit der Zahl der in der sächsischen Industrie tätigen Arbeiter vergleicht, dann zeigt sich doch, wie unendlich viel noch zu tun bleibt, um die Arbeiter — und ihre Zahl ist nicht gering —, die heute noch tatlos und indifferent beiseite stehen, zu bewußten proletarischen Kampfkämpfern zu erziehen. Daß die Notwendigkeit einer planmäßigen Aufklärungsarbeit auch in den Kreisen der Mitglieder empfunden wird, beweisen die Anträge, die vom Landesvorstand die Herausgabe von Agitationsmaterial, zur Stellung von Rednern und zur eifrigen Förderung der Jugendbildung aufforderten, Wünsche, deren Erfüllung bereits im Bericht des Landesvorstandes zugesagt wurden. Obwohl sich Genosse Lipinski nicht lediglich auf die Berichterstattung beschränkte, sondern in seinen Ausführungen auch bereits eingehend auf die politische Situation und unsere geschichtliche Aufgabe einging, wurde in der Debatte fast ausschließlich über die Jugendbildung diskutiert, während die großen politischen Fragen in den Hintergrund gedrängt wurden. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich das Hauptinteresse von vornherein auf den dritten Punkt der Tagesordnung, in dem die in Sachsen akut gewordene Frage der Regierungsbildung im Zusammenhang mit dem Räteystem behandelt wurde, konzentrierte. War es doch gerade die Frage der Regierungsbildung in Sachsen, die unter den Parteigenossen im Lande einen Meinungsstreit hervorgerufen und den Hauptanlaß zur Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung gegeben hatte.

Die beiden Referenten bemühten sich, die zur Entscheidung stehende Frage, die nicht nur für Sachsen Bedeutung hat, auch mit Rücksicht auf die Stellung der Partei im Reich zu behandeln war, an der Hand der in den revolutionären Kämpfen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen zu erörtern. Das war um so nötiger, da in den vorausgegangenen Debatten in Parteiverfassungen die ganze Angelegenheit immer mehr zu einem bloßen Streit um die Form, unter der das Proletariat die politische Macht erobern soll, geworden war. Nicht nur vereinzelt war die Meinung aufgetaucht, daß das Räteystem das alleinige Mittel darstelle, die Arbeiterklasse zum Ziele zu führen und der Parlamentarismus überhaupt als wirkame Waffe zur Eroberung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus ausseide. Demgegenüber wiesen die beiden Referenten mit Nachdruck auf das im März beschlossene Aktionsprogramm hin,